

Echo

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **86 (2006)**

Heft 9-10

PDF erstellt am: **14.09.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Leserzuschriften zur Ausgabe «City-State: Von der Staatenwelt zum Städtenetzwerk», Juli/August 2006

Eine weltoffene Schweiz braucht die EU

Hubert Huschke, Brissago

Konrad Hummler hat in Vorfeld der Abstimmung über Schengen das Bild eines Stadtstaates Schweiz, wohl in Anlehnung an politische Gebilde wie Singapur oder Hongkong, entworfen und dieses als Alternative zu einer engeren Bindung an die Europäische Union empfohlen. Beschworen wird eine weltoffene Schweiz, die sich, frei von Bindungen, in einer globalisierten Welt bewegt.

Nun ist Hummler sicher zuzustimmen, dass die Realität der heutigen Schweiz nicht mehr übereinstimmt mit dem Selbstverständnis, das die Bevölkerung, aber auch die politische Elite mehrheitlich besitzt. Und die Vision, dass die Schweiz sich hinentwickelt zu einer städtischen Grossregion, die sich auszeichnet durch Dynamik und Innovation und sich so im globalen Wettbewerb zu behaupten vermag, weist wohl in die richtige Richtung.

Angenommen, dieser Vision gehöre die Zukunft, so ist doch zu fragen, welche Hindernisse einer derartigen Entwicklung im Wege stehen. Innenpolitisch ist es in erster Linie das Selbstbild, das dieses Land von sich hat und auch immer noch gerne nach aussen verkauft. Damit eng verbunden ist die mangelnde Bereitschaft, überholte politische Strukturen in Frage

zu stellen und sie an neue Bedürfnisse anzupassen. Die Politik blickt rückwärts und nicht vorwärts.

Zu prüfen ist aber auch die immer wieder behauptete Weltoffenheit der Schweiz. Dieses Land schottet wichtige Teile seiner Volkswirtschaft gegen internationale Konkurrenz ab. Dies gilt insbesondere für die Landwirtschaft, aber nicht nur. Es gibt eine landwirtschaftsnahe Industrie, die ihre Monopole mit Klauen und Zähnen verteidigt. Bei der Beschwörung der weltoffenen Schweiz lässt sich Hummler wohl zu sehr von seiner Erfahrung als Bankier leiten.

Das wohl gravierendste Problem ist aber die Haltung gegenüber der Europäischen Union. Von ihren Gegnern wird gerne die Globalisierung als Argument ins Feld geführt, die die EU überflüssig mache. Gerade das letzte Scheitern der WTO sollte doch klagemacht haben, dass es keine globalen ordnungspolitischen Strukturen gibt, wie sie für eine freiheitliche und marktwirtschaftliche Ordnung unerlässlich sind. Auf globaler Ebene sind es die grossen Wirtschaftsböcke wie USA, EU, Japan oder China, die die Spielregeln untereinander aushandeln. Hummler hat mit seiner Vision eine Schweiz suggeriert, die in diesem Konzert der Grossen unabhängig und frei von Bindungen ihre Interessen wahrnimmt. Wenn das Mäuschen mit dem Elefanten tanzen geht, kann dies für das Mäuschen leicht böse Folgen haben. Dazu braucht es keine böse Absicht des Elefanten, eine kleine Ungeschicklichkeit genügt.

Hier muss Realitätssinn angemahnt werden. Die Schweiz gehört zum europäischen Wirtschaftsraum und dessen Struktur ist durch die EU bestimmt, ob uns das passt oder nicht. Wenn man die Situation einmal frei von Wunschvorstellungen und ideologischen Vorurteilen betrachtet, so ist die Schweiz bereits heute ein Teil der EU, allerdings ohne Mitspracherechte. Die Freiräume, die die Politik gerne als Zeichen der Unabhängigkeit und Eigenständigkeit in Anspruch nimmt, hängen bei Lichte besehen nur vom Goodwill der EU ab. Und glücklicherweise ist diese beim Durchsetzen ihrer Interessen deutlich konzilianter als es beispielsweise die USA sind.

Robert Nef diskreditiert die EU in seinem Beitrag als ein Relikt der obsoleten

Nationalstaaten. Nun kann man an der Art, wie sich die EU entwickelt, manches auszusetzen haben. Um sie jedoch als Relikt der Nationalstaaten zu sehen, muss man schon eine dicke ideologische Brille aufsetzen. Die EU ist die Überwindung der Nationalstaaten in Europa. Ihr wesentlichstes Verdienst ist die Schaffung eines einheitlichen Rechtsraumes, einer der wichtigsten Voraussetzungen für eine liberale Wirtschaftsordnung. Es ist die Tragik der Schweiz, dass sie sich der Mitgestaltung der Europäischen Union verweigert und damit in die Situation gerät, ohne jeden Einfluss Entscheide autonom nachvollziehen zu müssen. Es ist im Grunde politische Verantwortungslosigkeit, einen derartigen Zustand dem Volk als Unabhängigkeit zu verkaufen. Es ist doch Traumtänzererei, sich ein Europa ohne jede Ordnungsmacht vorzustellen, nur bestimmt von informellen Beziehungen zwischen städtischen Agglomerationen. Ein Land, das in Europa im Kern seine Identität bewahren will, kann dies nur innerhalb der europäischen Institutionen tun, und dazu gehört nun mal auch die EU. Und nur innerhalb dieses Rahmens besteht die Möglichkeit, die alten und oft obsoleten Grenzen der Nationalstaaten zu überwinden.

Wenn man der Vision einer Schweiz als «City-State» folgen will, ist die aktive Mitgestaltung der europäischen Rahmenbedingungen eine unerlässliche Voraussetzung. Ein Blick auf die Grenzen der Schweiz macht dies überdeutlich. Die Wirtschaftsräume Genf, Basel, Zürich und Lugano können sich nur weiterentwickeln, wenn sie ungehindert ausgreifen können über die heutigen Landesgrenzen. Hier ist die wahre Herausforderung. Und hier muss sich auch die Schweiz in den heutigen Grenzen in Frage stellen lassen. Man kann nicht die Nationalstaaten Europas für obsolet erklären und die Schweiz unter Heimatschutz stellen. Schliesslich ist es gerade die EU, die die Schaffung grenzüberschreitender Wirtschafts- und Lebensräume ermöglicht und fördert. Eine selbstbewusste und dynamische Schweiz ist gefordert, die Europa aktiv mitgestaltet, anstatt sich in das Reduit überholter Vorstellungen zurückzuziehen. Ein City-State Schweiz ausserhalb der europäischen Institutionen und politischen Realitäten ist Wunschdenken.

Der liechtensteinische Regierungschef hat auf die Frage nach einer möglichen Vollmitgliedschaft seines Landes in der EU eine sehr aufschlussreiche Antwort gegeben. Wenn dies für den Erhalt der eigenen Unabhängigkeit und Identität notwendig werden sollte, sei dieser Beitritt zu prüfen. Was auf den ersten Blick paradox erscheint, trifft das Problem sehr genau. Unsere Welt wird immer vernetzter, bilaterale Vereinbarungen werden dieser Situation immer weniger gerecht. Die Antwort sind deshalb multilaterale Strukturen. Nur innerhalb dieser Strukturen ist eine Partizipation möglich. Wer sich diesen Strukturen verweigert, gerät zwangsläufig ins Abseits, was der Wahrnehmung eigener Interessen selten zuträglich ist. Wenn man nun die Akzeptanz der Spielregeln solcher Strukturen als Verlust der Unabhängigkeit verteufelt, dann muss man sich fragen lassen, was denn Unabhängigkeit bedeuten soll. Mit Weltoffenheit hat dies jedenfalls nichts zu tun. Es ist deshalb auch nicht weiter verwunderlich, dass vor allem diejenigen politischen Kreise für eine sogenannte unabhängige Schweiz kämpfen, die um ihre Monopolrenten fürchten. Wer eine weltoffene Schweiz wirklich will, befindet sich bei den fundamentalistischen EU-Gegnern in schlechter Gesellschaft. Die Schweiz liegt geographisch nun einmal im Zentrum Europas. Und wir haben uns mit dem Europa auseinanderzusetzen, das uns real umgibt. Das Verhalten der EU-Gegner ist politisch infantil, durch das Verschliessen der Augen vor den Realitäten verschwindet die EU nicht.

Um auf den eingangs erwähnten Vorschlag von Konrad Hummler zurückzukommen: die Schweiz als «City-State» ist keine Alternative für eine Mitwirkung in der Europäischen Union; ganz im Gegenteil eröffnet erst diese die Verwirklichung einer derartigen Vision. Mit dem Abseitsstehen riskiert die Schweiz nicht unbedingt einen Konflikt mit der EU – diese ist wesentlich friedfertiger als schlechthin dargestellt –, aber sie riskiert, einfach ignoriert zu werden. Europapolitik ist heute Europa-Innenpolitik, die nach eigenständigen Spielregeln abläuft. Davon ist die Schweiz bereits weitgehend ausgeschlossen. Der Wahrnehmung der eigenen Interessen dient dies wahrhaftig nicht.

Urban ? – Rural!

Andreas Müller, Mitglied des Nationalrats von 1976 bis 1990

Es ist kaum mehr zu ertragen, das Modewort «urban». Jedes Programm, jede Partei, jedes Tun gilt heute dann als zeitgemäss und richtig, wenn es urban genannt werden kann. Neuerdings entstehen politische Bewegungen, die ihre Existenz allein dem Attribut «urban» verdanken – gegründet, weil das Tun der bisherigen zu traditionell erscheint. So wird «urban» auch zum Synonym des Neuen, Modernen. Mit Recht?

Um die Demokratisierung des Alltags zu verschummern, die schwindende Bedeutung des Urbanen zu übertünchen, flüchten Planer und «Visionäre» bei uns in eine Hilfskonstruktion: sie bezeichnen die ganze Schweiz als Grossstadt, weil angeblich 7.5 Millionen praktisch dieselbe Lebensweise pflegen, nämlich die urbane. Man deklariert die Alpenregion als städtischen Zentralpark und die entlegenen Seitentäler des Mittellandes als Naherholungszonen, die sich durchaus noch etwas entvölkern dürften.

Wir verargen niemandem solche Gedankenpielereien, doch die Realität ist anders. Wurzelnd in lebendigen Traditionen sind politische Strukturen wirksamer als wirtschaftliche Gegebenheiten und daraus abgeleitete Planungselemente. Das zivilisatorische Hier und Heute als urban zu bezeichnen, nur weil elektronische Massenmedien oberflächlich einen Einheitsbrei angerichtet haben, ist etwas gar verwegen.

Das Stadtkind, das die Feuerwehr als professionelle Einsatztruppe kennt und der Dorfjunge, der seinen Vater – zusammen mit den meisten Vätern des Ortes – bei der monatlichen Miliz-Übung begleitet hat, erlebt das Gesellschaftliche anders, auch wenn der Brandschutz an beiden Orten dieselben Werkzeuge und Techniken anwendet. Dasselbe gilt für die meisten Elemente des Gemeinlebens. Nähe schafft Engagement, entwickelt Verantwortungsbewusstsein und damit im besten Sinne Eigensinn. Urbanität ist bei uns kein Synonym zur besseren, modernen Welt, genausowenig wie das Rurale nur der Tradition und dem Idyllischen verhaftet wäre.

Gerade weil durch das Fernsehen allen alles wünschbar erscheint und den Armen dieser Welt auch Überflüssiges als erstrebenswert vorgesetzt wird, sollte über dieselben Kanäle das Ausharren in der Provinz als besserer Weg dargestellt und von der Politik auch «vergoldet» werden. Wenn ein Lehrer oder Beamter, der auf dem Lande wirkt, eine Zulage erhält, der Sanierung von Häusern und Werkstätten im Dorf mehr Mittel zukommen als dem Bau von Ringstrassen um Stadtkerne oder Ein- und Ausfall-Autobahnen der Grossstädte, so wäre – bei gleichem Bruttosozialprodukt – die Entlohnung sinnvoller und gerechter gestreut und der Gesamtwirtschaft besser gedient. Hier wäre «rural» das Zauberwort und «urban» im besten Falle der Umweg.

Dies alles wäre hierzulande kein Thema, wenn sich nicht durch *laissez-faire*, *laissez-aller* ähnliche schädliche Konzentrationen abzeichnen würden. Es ist kein Verdienst, die Tendenzen nachzuzeichnen und zu extrapolieren, um daraus «Visionen» abzuleiten. Ein politisches Werk wäre, mindestens eine Kanalisierung der unseligen Verstädterung in eine bessere Richtung zu versuchen. Beamte, Lehrer und Akademiker sollten eine zusätzliche Aufstiegschance wahrnehmen können: den Stellenwechsel von der Stadt aufs Land. Das Dorfleben zur Attraktion zu machen, mag heute als Investition wenig sinnvoll erscheinen, langfristig gesehen brächten diese Gelder oder die staatliche Begrenzung gewisser Trends die bessere Rendite und wären gleichzeitig Sparmassnahmen im Bereiche der städtischen Infrastruktur, etwa wegen der verringerten Pendlerströme.

Die Bilanz für die Freiheit des Menschen wäre trotz diesen Interventionen mit Sicherheit besser.